

Schriftlicher Bericht

des Verkehrsausschusses

(20. Ausschuß)

**über den Antrag der Abgeordneten Dr. Häfele, Adorno,
Dr. Vogel (Speyer) und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Saam, Dr. Rutschke und der Fraktion der FDP**

— Drucksache V/701 —

betr. Vereinheitlichung von Bahnbus- und Postbusverkehr

A. Bericht des Abgeordneten Maibaum

Der Antrag auf Drucksache V/701 wurde in der 52. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Juni 1966 an den Verkehrsausschuß federführend und an den Postausschuß mitberatend überwiesen.

Der Antrag fordert von der Bundesregierung einen Bericht darüber, inwieweit Bahnbus- und Postbusverkehr – auch unter Berücksichtigung der privaten Omnibusunternehmen – vereinheitlicht werden können.

Der Postausschuß hat den Antrag in mehreren Sitzungen beraten und dabei das vom Bundesminister für Verkehr in Auftrag gegebene Gutachten der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft Treuarbeit vom 16. Oktober 1967 herangezogen. Das Ergebnis seiner Beratungen hat er dem federführenden Ausschuß in seinem Schreiben vom 27. Juni 1968 und vom 5. Juni 1969 mitgeteilt. Sein Vorschlag vom 27. Juni 1968 besagt, daß keine Notwendigkeit zur Vorlage eines Berichts der Bundesregierung und eines entsprechenden Gesetzentwurfs mehr bestehe und daß der Antrag für erledigt erklärt werden sollte.

Auf Grund der am 30. April 1969 erfolgten Beschlüsse des Bundeskabinetts hat der Postausschuß zustimmend davon Kenntnis genommen,

— daß vom 1. Januar 1971 an eine Verkehrsgemeinschaft zwischen Bahnbus- und Postreisedienst erfolgt,

— daß durch diese Lösung die Vorteile einer Fusion ausgeschöpft, die Nachteile aber vermieden werden,

— daß keine persönlichen Härten durch Umsetzung zu einer anderen Verwaltung verursacht werden.

Er erwartet, daß die Verkehrsbedienung besonders in ländlichen Räumen und die Wirtschaftlichkeit der beiden Betriebe verbessert und daß die innerbetriebliche Rationalisierung im Interesse einer wirksamen Kostensenkung mit Nachdruck fortgesetzt werden.

Der Verkehrsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 25. Juni 1969 die Überlegungen des Postausschusses zu eigen gemacht. Es lag ihm ferner ein Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen über die Vereinheitlichung des Bahnbus- und Postbusverkehrs vor. Schließlich hat der Verkehrsausschuß an seine Beratungen zu §§ 27 a – 27 c Personenbeförderungsgesetz erinnert (vgl. Drucksache V/3964, Seite 3), bei denen er im Zusammenhang mit dem Problem der Regionalkonzessionen den dringenden Wunsch nach einem freiwilligen stärkeren Zusammenschluß der anderen Verkehrsträger mit dem Ziel eines leistungsfähigen Personenverkehrs geäußert hat.

Für den Bereich des Bahnbus-Postbusverkehrs sieht der Ausschuß das Anliegen der Antragsteller als erfüllt, für den Bereich der privaten Unternehmen begrüßenswerte Ansätze als gegeben an.

Bonn, den 26. Juni 1969

Maibaum

Berichterstatte

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache V/701 – für erledigt zu erklären.

Bonn, den 25. Juni 1969

Der Verkehrsausschuß

Seifriz

Vorsitzender

Maibaum

Berichterstatter